

VU-Motion: Kindeserziehung soll nicht länger ein Loch in die Pensionskasse reissen

Care-Arbeit Die Landtagsfraktion der Vaterländischen Union (VU) will eine neue Sozialleistung für Eltern schaffen. Wer zum Zweck der Kindeserziehung auf eine Erwerbsarbeit verzichtet, soll deswegen nicht länger einen Nachteil in der 2. Säule der Altersvorsorge hinnehmen müssen.

VON DAVID SELE

Wenn Menschen zeitweise aus dem Berufsleben aussteigen, weil sie Eltern geworden sind, fällt nicht nur der Lohn weg. Es wirkt sich auch auf die Altersvorsorge aus. Immerhin: Die 1. Säule - die AHV - kennt hier eine Sozialleistung, die dies abfedert. Die sogenannten Erziehungsgutschriften gewährleisten, dass während der Zeit der Kindeserziehung keine Einzahlungslücke entsteht.

Ohne Erwerbsarbeit keine 2. Säule

Anders sieht es bei der 2. Säule - der betrieblichen Vorsorge (Pensionskasse) - aus. Hier entfallen die Sparbeiträge, sobald jemand keinen Lohn mehr erhält. Wer Teilzeit arbeitet, hat sinngemäss einen reduzierten Sparbeitrag zu verbuchen. Die Kindeserziehung wird also zum Nachteil. Sie reiss ein Loch in die Altersvorsorge. Das will die Land-



tagsfraktion der VU nun aber ändern. Mittels einer Motion fordern die Abgeordneten die Regierung auf, in Anlehnung an die Erziehungsgutschriften der AHV, eine neue Sozialleistung zu schaffen. Das Ziel: Die Lücken in der Pensionskasse für jene Zeit, in der die Erwerbsarbeit zugunsten der Erziehungsaufgabe teilweise oder vollständig aufgegeben wird, zu schliessen. Als Begründung für den Vorstoss führt die VU an, dass insbesondere Personen ohne eigene zweite Säule einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Absehbarer Vorstoss

Die Altersvorsorge für Eltern hatte die VU bereits im November 2017 zum Thema gemacht. Ein entspre-

lassen, war also bereits absehbar. Mit dem Instrument der Motion wird es dieses Mal sogar konkret. Um der Regierung den Auftrag zu erteilen, ein Gesetz zu erarbeiten, muss sich allerdings noch eine Mehrheit des Landtages für die VU-Motion aussprechen. Diese wird voraussichtlich in der Juni-Sitzung behandelt.

chendes Postulat überwies der Landtag im Februar 2018 einstimmig an die Regierung. Damit war Wirtschaftsminister Daniel Risch (VU) aufgefordert, zu den Vorschlägen der VU Stellung zu nehmen. Zu teuer und unkompatibel, lautete am Ende dessen Fazit.

Damit zeigten sich Rischs Parteigenossen aber alles andere als zufrieden. «Wir haben versucht, zu einem komplexen Thema einen konstruktiven, neuen Ansatz einzubringen. Die Antworten der Regierung fallen im Tenor stereotypisch aus», sagte die Abgeordnete Violanda Lanter (VU) als die Postulatsbeantwortung im Landtag besprochen wurde. Dass die Abgeordneten die Abfuhr der Regierung nicht auf sich ruhen